

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Strelks, höhere Gewalt und Betriebsführung entziehen den Verlag von der Haltung für Verdiennung und Aufschuldung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Wichtiges für die jugendlichen Mitlesenden: Die 10. Jahrgangszahl im Heft 1. März. - Kreisverbreitung durch den Verlag des „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 4

Halle, 26. Januar 1929

5. Jahrgang

Reichstagsbeginn

Nachdem der Preussische Landtag seine Arbeit wieder aufgenommen hat, tritt nun auch der Reichstag zusammen. Es ist überflüssig zu betonen, daß er unter seinen sämtlichen Vorgesetzten steht. Fragenfragen gehören nun einmal zu den schwersten der inneren Politik, zumal jede Steuer den schwermütigsten ist und für den Abgeordneten ein hartes Maß von Selbstbeherrschung erfordert. Herr Dr. Hildebrand hat in ungenügender Weise die Öffentlichkeit unterrichtet. Übertragungen gab es dabei nicht, da das Besondere längst bekannt gewesen ist. Aber er selbst wird sich wohl gefügt haben, daß es kaum erreichbar ist, diese Vorlagen durch die beiden Körperkassen anzukommen hindurchzubringen. Dabei ist ohne weiteres anzugeben, daß es durchaus richtig war, schon mit Rücksicht auf die Reparationsverhandlungen eine Ausbalanzierung des Etats vorzunehmen zu versuchen und nicht etwa mit einem offenen Defizit abzuhelfen. Das hätte schärfste Kritik auf der Tagesordnung hervorgerufen. Auch soll man nicht verkennen, daß es verhältnismäßig war, die Wünsche der Reichstagsmitglieder und von wenigstens 380 Millionen zu erparieren. Ob allerdings diese Maßnahme, daß 1929 ein ungewöhnlich schweres Jahr sei, ist lästig ist, lassen wir dahingestellt sein. Wenn es nicht gelingt, die Reparationsverpflichtungen ganz erheblich herabzumindern, so werden wir bei dem Etat 1930 mit genau denselben Mitteln zu kämpfen haben. Selbst wenn es dahin, was wir nicht zu hoffen wagen, eine durchgreifende Reform verabschiedet sein sollte, kann sie sich in finanzieller Hinsicht noch nicht auswirken. Wichtige von dieser Seite sind daher nicht zu erwarten. Wenn anerkannt sei, daß die Bemühungen, dem Finanzminister größere Möglichkeiten einzuräumen, von ihm sehr entschlossen in Angriff genommen worden sind. In der Tat handelt es sich hier um ein Vorhaben, das angeht der sehr großen Verantwortlichkeit des Reichstages, selbständig Vorarbeiten in den Etat einzubringen oder alle zu erheben, unbedingt zuzustimmen ist. Herr Dr. Hildebrand hat getan, was er konnte, aber wir sind noch nicht überzeugt, daß seine Vorlagen Gesetzeskraft erlangen.

Der Kampf um die Deckung

Für den Steuerzahler mögen diese sich nun seit Wochen wiederholenden Erörterungen höchst unerfreulich sein, aber sie stellen augenblicklich das Kernproblem dar, das aus Gründen der inneren Wirtschaft wie der Reparationen gar nicht eingehend genug nachgeprüft werden kann. Wir sagen schon früher, daß die Umstellung des Wirtschaftens, die ein Mehr von 90 Millionen erbringen soll, verhältnismäßig leicht durchzuführen ist. Das ist aber auch der einzige Entwurf, von dem man das behaupten darf. Gegen die Biersteuer stehen die Bayerische Volkspartei und das Zentrum in aller Gemeinsamkeit, wobei München sogar mit Sperrung der Koalition droht, gegen die Anhebung der Erbschaftsteuer auf die Ehegatten wehren sich alle bürgerlichen Parteien, gegen den Prozentzins der Schlag zur Vermögenssteuer namentlich die Deutsche Volkspartei, aber auch die Bayern, und gegen die 120 Millionen, die das Finanzministerium den Ländern und Gemeinden abringen will, wird sich der Reichsrat sträuben. In die letzten Reihen fallen stehen wir unbedingt auf der Seite Hildebrands. Alle ernstlichen Proteste können an den Tatbestand nichts ändern, daß die bürgerlichen Verbände etwas härter sein dürfen. Auch die Gemeinden. Es liegt keinerlei Anlaß vor, sie immer nur an den Heberhäutchen zu beteiligen. Diese 120 Millionen sind nicht einmal soviel, wie Anfang 1928 zu ihrer eigenen Heberhäutchen erhalten. In politischen Kreisen regnet man schon heute mit einer willigen Umänderung der Deckungsvorlage. Erwähnt werden als Steuern, die aus der Bilanz des Reichstages vermutlich vorzuschlagen werden dürfen, die Erhöhung der Umsatzsteuer und eine Besteuerung der Gemeindebetriebe. Die Umsatzsteuer hätte den großen Vorteil, daß sie leicht und ohne nennenswerte Kosten einzuführen ist. Aber die Sozialdemokraten lehnen sie ab, weil sie eine neue Leveragequelle davon befürchten. Auch das Reichswirtschaftsministerium sieht auf dem gleichen Standpunkt. Die Besteuerung der Gemeindebetriebe wird zwar von den amtlichen Stellen als gerecht angesehen, aber vom Reichsfinanzministerium als noch nicht getragbar betrachtet. So stehen wir am Anfang der parlamentarischen Tagung vor lauter ungelösten Fragen.

Koalitionsverhandlungen

Der Empfang der Führer der Regierungsparteien durch den Reichsrat bildet formal die Einleitung zu den Koalitionsverhandlungen, dürfte aber zunächst ohne jede Bedeutung bleiben. Die Stimmung innerhalb der Parteien geht mir auseinander. Zentrum und Deutsche Volkspartei, die gerade im Sommer eine feste Bindung abgeschlossen haben, glauben den Augenblick gekommen, wo man an die

Koalitionsverhandlung der Regierung herantreten muß. Im Gegensatz zu ihm ist die Sozialdemokratie, die im Juni dazu eröfnet war, inzwischen anderer Auffassung geworden und wünscht eine Festlegung zu vermeiden. Die Gründe für diesen Sinneswandel sind vermutlich in den Steuerfragen zu suchen. Eine Koalition muß einzig sein, wenn sie nicht den Satz, des Kabinetts nach sich ziehen will. Jede Partei wäre also verpflichtet, ein Kompromiß, das etwa vereinbart wird, nach besten Kräften zu unterstützen. Gerade das aber möchte die Sozialdemokratie vermeiden. Verständlich ist die Haltung schon, sobald man nur die Weibkraft noch außen berücksichtigt. Ganz gleich wie die endgültige Deckungsvorlage aussieht, wird sie auf jeden Fall einige unangenehme Stunden mit sich bringen. Sie den Wählern schmackhaft zu machen, ist für jedes Lager beinahe aussichtslos. Deshalb möchte man gern überstimmt werden und die einzelnen Teile durch beständige Mehrheiten annehmen lassen. Ob diese überhaupt noch die Möglichkeit besteht, das Kabinett umzubilden, ist auch ungewiss, schon weil die Zeit dafür zu kurz bemessen ist. In neun Wochen, die bis zur Verabschiedung des Etats zur Verfügung stehen, kann man nicht auch noch die Aufgabe bewältigen, die an sich angeht der Personalfragen immerhin eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird. Es ist unter diesen Umständen beinahe besser, man verzichtet von vornherein darauf, neue Verhandlungen herbeizuführen, erledigt erst den Etat und nimmt die Verhandlungen im Mai auf. Man habe eben den geeigneten Zeitpunkt verläumt und wird diese Unterlassungsbüchse nicht toad wieder gutmachen können.

Zentrumswünsche

Sozial veranlagt, hat das Zentrum einen eigenen Vorschlag für die Umänderung des Kabinetts bereits in der Tasche. Dabei geht man von der bisher bestehenden Regierung Hermann Müller aus. Alle Posten, die in den Händen der Sozialdemokraten, der Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei sind, sollen unangewandelt bleiben. Das Zentrum hat sehr durch Herrn von Gumbach in Verhandlungen die beiden Ministerien für die besetzten Gebiete und den Reichsrat inne. Die will es behalten, aber trennen, so daß zwei Persönlichkeiten dafür in Frage kämen. Unter gleichzeitiger Ausbaur des Ministeriums für die besetzten Gebiete, das in Zukunft nicht nur den Weizen, sondern auch die Getreideart im Osten zu betreffen hätte, soll es mit dem Finanzamt verbunden werden. Der Wunsch nach diesem Amt ist ja schon im Juni vorgetragen worden und hat damals mehrere Tage hindurch zu einer Krise geführt. Hermann Müller hat sich entschieden dagegen gewandt und darauf hingewiesen, daß er nur einmal, nämlich unter der unglückseligen Regierung Cuno ein Minister sein beabsichtigt. Ein stichtätiger Grund für die Neuaufstellung ist auch nicht erkennbar. Was das Zentrum dabei denkt, läßt sich vielleicht erraten, wenn auch nicht mit Sicherheit sagen. Auf jeden Fall wird es gerade in dieser Frage zu einem heftigen Meinungsstreit kommen, da die Ablehnung dieses Wunsches das Zentrum vermutlich ganz erheblich weitergehende Forderungen nach Ministerien stellen wird.

Seipel in München

Der österreichische Bundeskanzler hat den Rheinweg an der für eine schmerzliche Stunde bereitet. Seit der Ankündigung seines Vortrages über Föderalismus waren alle Augen auf ihn gewandt. Von ihm hatte man eine Kundgebung erwartet, die man gegen das Reich ausnützen könnte. Erinnert sei nur an gewisse Vorwürfe, die deutlich genug beweisen, daß man die Ankündigung beinahe als eine ausschließlich bayerische Forderung betrachten könnte, deren Seipel sich nicht schuldig machen dürfte. Seitdem sein Verbleib richtig sollte, Herr Seipel kam und erzählte einiges über das in seiner Heimat geltende föderalistische System. Das dieses Beispiel man gerade zur Nachahmung anreize, wird er selbst wohl kaum behaupten, denn er hat offen und ehrlich zugegeben, daß es für ein 30-Millionen-Volk ein etwas hübschliches Vergnügen ist, 11 Länder mit 10 Regierungen zu besitzen. Auch hat er die Schwierigkeiten nicht verschwiegen, die daraus entstehen, daß jedes dieser Länder seine Truppen nur aus Erbschaften rekrutiert. Das aber war nicht das Wichtigste. Der Bundeskanzler lobte Bayern wegen seiner strengen Zentralisation und seines glänzenden durchgeführten Unitarismus. Man hört so etwas in München nicht gern, und der Hinweis darauf, daß sich dieser Bundesstaat aus Bayern, Preußen, Sachsen, Schwaben und Pfälzern zusammensetzt, wirkte peinlich. Dabei hat er vollkommen Recht. Dasselbe Bayern, das dem Reich gegenüber die Eigenart und die Sonderstellung der Stämme betont, nimmt innerhalb seiner Grenzen darauf nicht die mindeste Rücksicht. Es erregt sogar eine weitere Vereinfachung der Verwaltung und hat davon vorübergehend Abstand nehmen müssen, als Nürnberg und Würzburg, Augsburg und Lindau ihm die selben

Gründe entgegenhielten, mit denen er den Kampf gegen das Reich führt. Im Grunde genommen widerlegt sich Bayern selbst. Und es war peinlich, daß der Herr Dr. Seipel gerade an diese blutende Wunde rührte.

Hugenbergs Kriegserklärung

Nach dem Grundab, gerannt markieren, aber vereinigt schlagen, hielt der Stahlhelm in Hagenberg seine Tagung ab, während zur gleichen Stunde Herr Hugenberg in Dresden sprach. Beides kam auf dasselbe hinaus. Kundgebungen gegen die Republik mit etwas unheimlich und verheerenden Zielen. Aber das eingeleitete Volksgeschehen des Stahlhelms ließ sich im einzelnen viel leichter reden. Man braucht nicht alle Vorschläge ohne weiteres abzulehnen, aber wir wissen genau, daß die Verbesserung der Verfassung und damit die Stärkung der Republik gar nicht den Bestrebungen dieser Organisation entspricht. Nach ihren eigenen Ausführungen und Erklärungen will sie ja den Parlamentarismus beseitigen und uns auf Wege lenken, die nur von schmerzlichen Ergründerungen begleitet sein würden. Ein geundes Mißtrauen besteht hier von vornherein den Kampf aufzunehmen. Wir fürchten die Mächte, auch wenn sie Gesetze bringen. Die Reform der Verfassung kann nur von Männern und Frauen ins Werk gesetzt werden, die auf dem Boden dieser Verfassung stehen. Nur bei ihnen ist der ehrliche Wille vorauszusetzen, daß sie eine Stärkung der Staatsgewalt erstreben. Herr Hugenberg, der Führer des Stahlhelms hat in der schärfsten Hauptstadt eine vernichtende Kritik so ziemlich an allem geübt. Ihm darin zu folgen, hat keinen Sinn, denn diese Kritik soll nicht helfen, sondern im Gegenteil Wunden aufreißen, und agitatorisch gewisse Pläne vorbereiten. Er hat auch von dem verpörenden Geist der Sozialdemokratie gesprochen. Wir haben keinen Anlaß, die Sozialdemokraten immer in Schutz zu nehmen und geben gern zu, daß sie manche Fehler begangen hat, aber dieser Vorwurf ist ungerichtet. Seit zehn Jahren ist sie reichlich bemüht, unter schweren Opfern und ständiger Selbstverleumdung den Wiederbau Deutschlands ins Werk zu setzen. Sie hat ihre besten Persönlichkeiten dafür hergegeben und manches dabei geleistet, was von der Geschichte rühmlich hergehoben werden wird. Im Gegensatz zu den Deutschnationalen, die in diesen 10 Jahren nur Sabotage betrieben haben. Wenn man von deutscher Zahlungsunfähigkeit spricht, so soll man nie vergessen, daß Herr Hugenberg persönlich an ihr ein gerüttelt Maß von Witschuld trägt. Sein Einfluß und seine Kriegsziele haben nicht zuletzt die Katastrophe von 1918 veranlaßt, und die Inflation, die uns bis hart an den Rand des Abgrunds gedrückt hat, ist von ihm mit besonderem Wohlwollen begrüßt und - ausgenutzt worden. Diese Maßgabe verdient wir uns.

Die Sachverständigenkonferenz

Nachdem nunmehr alle formalen erledigt worden sind, tritt die Sachverständigenkonferenz am 9. Februar in Paris zusammen. Mit überreichen Hoffnungen begleiten wir ihre Arbeit nicht, wohl aber wird es notwendig sein, ihr unsere ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden und alle inneren Streitigkeiten zurückzustellen. Ihre Entscheidungen sind für die Zukunft Deutschlands wichtiger, als alles, was bei uns selbst geschieht.

Rigard May

Der Bahnübergang

Ein Vorfal, der sich beinahe in Deutscher Zeitungen hätte. Am Rande der Stadt befindet sich ein Bahnübergang. Am Bahnübergang steht ein Häuschen. Vor dem Häuschen steht immer ein Mann mit einem Knüttel, auch Bahnhüter genannt. Der zieht eben mal wieder die Schranke hoch, als ein Bauernpaar mit Kinderwagen ankommt. Während der Mann vorwärts, am Schienenstrang auf und ab spähend, näherkommt, bleiben Frau und Wagen ganzig Meter davon entfernt stehen. Dann tritt der Mann auf den Bahnhüter zu. „Sagen Sie mal, ist der Letzte Zug schon durch?“ „Ja, vor fünf Minuten.“ „Wann kommt denn da der nächste?“ „In einer Stunde und sieben Minuten.“ „Kommt da kein durchgehender Schnellzug vorher?“ „Nein!“ „Kein Güterzug?“ „Nein!“ „Kein außerplanmäßiger?“ „Nein - zum Donnermetter!“ „Sind Sie sich dessen auch ganz sicher?“ „Himmelsbergtott - ja - ja - ja!“ „Dann ist es gut - komm, Auguste - ich glaube, wir kommen ungefährt über.“

Handwerk und Staat

Seelische Einstellung von Handwerk und Gewerbe zum heutigen Staat

Von Oberbermeister Wilh. Anick, W. v. P., Magdeburg.

Handwerk und Gewerbe fangen nicht unbedingt an alten Zeiten. Einmal ist bekannt, daß man alte Zeiten und Verhältnisse nicht wieder schaffen kann, andererseits hat sich das Handwerk und Gewerbe den Anforderungen der Neuzeit anzupassen. Daß der gewerbliche Mittelstand in der Vorkriegszeit schon mit Schwierigkeiten gekämpft hat, weiß jeder, der selbst im gewerblichen Leben gestanden hat. Deshalb hat auch ein sehr großer Teil des Gewerbes, und ich glaube auch der sog. Fertigungsindustrie, den neuen Staat begrüßt, wo doch die Persönlichkeit des Einzelnen nach seiner Fähigkeit bewertet werden sollte.

Das bekannte Wort: „Freie Wahl dem Tüchtigen“ wurde die Parole für die Zukunft. Eingetragene Betätigung war die Pflicht auch der Frauen und Männer des gewerblichen Mittelstandes. Wie sieht es aber nun in Wirklichkeit mit der Anerkennung und Tätigkeit und der Freiheit aus? Gewiß, allen Menschen, welche die Dinge vom Standpunkt des verlorenen Krieges mit seinen Folgen betrachten, ist es klar, daß man wohl sagen kann, wie es sein müßte, aber daß es leider nicht so geht, wie man möchte. Das Handwerk hat sein eigentliches Aufstiegsgebiet zum großen Teil einzuweisen verloren. Die Einzelbetätigung, bei der der Meister seine eigenen Kenntnisse und gute Handwerksarbeit verkörpern kann, ist in Anbetracht der geringen Kaufkraft breiterer Schichten unseres Volkes fast zurückgegangen. Massenarbeit, gefördert durch die Normalisierungsmaßnahme, finden den Vorrang.

Man braucht sich nur die heutigen Arbeiten des Bauwesens zu betrachten. Sie zeugen von keiner handwerklichen Kunst, wie in der Vorkriegszeit, sondern sind Massenarbeit ohne Intelligenz. Ganze Gewerbegebiete werden fast ausschließlich, wie Bildhauer, Drechsler, Kunstschlosser, Kunsttischler usw. Es mag unrichtig sein, den heutigen Staat dafür verantwortlich zu machen, aber seelisch wirkt es auf das Handwerk, wenn ihm kein Können und Wissen in dieser Art beschränkt wird. Das Handwerk kann nicht erfaßt, daß es in seiner Arbeitsbetätigung heute mehr wie je beschränkt wird; das Handwerk hat stets gearbeitet, wie es das Geschäft verlangt, und heute muß es arbeiten wie der Gesetzgeber die Zeit vordrückt. Die freie Betätigung des Handwerkers ist vom alten Staate in der Vorkriegszeit nie beschränkt worden, im Gegenteil, die Vornahme der Arbeitskraft des Handwerkers war eine unauflösbare; aber das Freiheitsgefühl war doch da. Ich kann arbeiten, wie ich will, während heute alles gefesselt vorgeht.

Die Steuerbeschränkung, trotz erschwelter Erwerbsschancen, ist, ist ins unglückliche getrieben. Die Gemeinden gehen in einer Zeit, wo die äuerste Sparmaßnahme herrschen sollte, an Ausgaben heran für Projekte, welche in der Vorkriegszeit wegen Mangel an Mitteln zurückgestellt werden mußten. Es werden den Gemeinden vom Staate immer neue Aufgaben gestellt. Das Geld dazu können sie aber selbst beschaffen, und das Geld der größte Steuerentnehmer ist, bleibt den Gemeinden nur die ständige Erhöhung der Gewerbesteuer und Grundsteuer. Man kann mit gutem Gewissen sagen, daß die meisten Handwerker nur noch für die Steuern arbeiten. Deshalb die seelische Verfassung gegen den heutigen Staat.

Beim übrigen gewerblichen Mittelstand, insbesondere beim Einzelhandel liegt es ähnlich. Der Kaufmann ist ja gar nicht mehr Konsument in seinem Geschäft, er ist zum größten Teil Verkäufer für Syndikate und Kartelle.

Man braucht nur das riesige Anwachsen der Marktpreise und deren zum Teil ungeheuerliche Preise zu beobachten, um zu sehen, daß im Kaufmannstand ein verhängnisvoller Wettbewerb zugunsten der Verbraucherschicht gar nicht mehr stattfinden kann. Welche dem Kaufmann, der den Syndikatspreis nicht einhält, er bekommt sofort keine Ware mehr.

Handwerker und Kaufmann haben infolgedessen, wofin diese Zustände führen. Ich habe keine Ursache, wofin die Anhänger der Sozialisierungslehre Material zu geben, sonst würde ich schreiben, weshalb der gewerbliche Mittelstand die Zukunft fürchtet, ja, er fürchtet auch das neue Wort „Wirtschaftsdemokratie“, welches letzten Endes nur eine verkappte Sozialisierung bedeutet. Das Großkapital ist der beste Förderer des Sozialismus. Das Geld des Großkapitals fließt in der Hauptsache in die Hände, welche durch sich als Zentren der gewerblichen Mittelstandes bezeichnet werden. Wenn Handwerk und Handel ihre Existenzbedingungen nicht hätten, würde ihnen sehr geringer Kredit beschaffen sein. Man bekommt auch heute noch in der ungeliebten armen Zeit über 1 Million RM. geborgt als 1000 RM. Die schönen Neben, welche Handwerk und Gewerbe von Theoretikern gerühmt bekommen, vom Ausbau des Verkehrs, Modernisierung, Rationalisierung, erhöhen nur die Seelenqual des Geschäftsinhabers, da er einfach die Mittel dazu bei der heutigen Produktionsweise nicht verdient und nicht geborgt erhält.

Man soll auch nicht diesen und jenen Betrieb als Muster heranziehen, der gut dasteht. Diese Einzelpersonen gibt es in allen Ständen; die große Masse ist in Not und verdient kaum so viel, um den Verpflichtungen als gewöhnlicher Mensch nachzukommen.

Handwerk und Gewerbe fühlen sich auch zurückgesetzt, daß sich die Regierungen niemals eingehend mit der Frage dieser Mittelständigen befassen. Es wird stets bekannt, daß sich die Regierung mit der Frage der Steuern und deren Befreiung befaßt. Die Verhältnisse der Arbeiterfrage werden gründlich erwoogen. Die Angehörigen bilden ein großes Sorgenkapitel für den Staat. Der Handwerksrat wird versucht, auf jegliche Art zu helfen, aber von einer Verhandlung über die Lage des Handwerkes, des Einzelhandels, der Gastwirtschaft und der anderen zugehörigen des gewerblichen Mittelstandes hört man nichts. Sogar Jahre betreibt das Handwerk nach Neuverteilung seiner Handwerksordnung, um

sie den veränderten Verhältnissen anzupassen und immer noch ist sie nicht über den Stand der Vorbereitungen heraus. Wie viele Sondere von Gesetzen und Verordnungen sind inzwischen herausgebracht. Bei vielen wäre es freilich besser gewesen, sie hätten nie das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Der Staat sollte sich möglichst von der Bevormundung der Wirtschaft fern halten, dann wird sich die Wirtschaft schon die natürlich gegebenen Wege suchen. Gefährlicher Jargon und Druck erzeugen Gedränge; dies läßt man deutlich wieder bei der Ausarbeitung im Reichlande, die doch nur ein Zeichen der Abwehr eines Jünglings war. Der Staat und die Gemeinden haben sich um eine ordnungsgemäße Verwaltung zu kümmern und die Kraft zu finden, da wo sich Unzulänge in der Wirtschaft finden, welche das Wohl des Volkes beeinträchtigen, diese zu beheben. Alle Freiheit verlangt auch das Handwerk und Gewerbe, und da die Freiheit immer mehr eingeengt wird durch den Gesetzgeber, deshalb die seelische Verfassung gegen den heutigen Staat.

Die maskierte Wirtschaftspartei Warnung für Mittelständler.

Ein „Reichsratell des selbständigen Mittelstandes“ hat unlängst einen Aufruf veröffentlicht, der zu Protestkundgebungen in allen deutschen Städten am 3. Februar auffordert. Der Aufruf soll sich in der Hauptsache dagegen richten, daß durch die Wirtschafts- und Steuerpolitik von Reich, Ländern und Gemeinden der Mittelstand verelendet und proletarisiert werde. Wie von fundierter Seite mitgeteilt wird, handelt es sich hier lediglich um eine Aktion der Wirtschaftspartei, die sich bei dieser Gelegenheit eine neue Färbung anzueignen hat, da das Renommee der alten schon bedeutend gelitten hat. Wesentlich ist es, daß überall die Veranlassung der geplanten Protestkundgebung in die Hand genommen haben. Noch bezeichnender aber ist, daß der Reichsverband des Deutschen Handwerks öffentlich aufgefodert hat, sich nicht an dieser neuen Organisation zu beteiligen, um die Kräfte des Mittelstandes nicht noch mehr zu spalten.

Ungeeignete Mittelstandsretter Vorsicht durch den Handelsminister.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Kaufmann-Eberfeld schloß jüngst das Reichstages, sein mittelstandsfreundliches Herz vor aller Welt zu offenbaren, darum richtete er im Reichstages den Antrag auf die Regierung eine kleine Anfrage, in der er es zu darzulegen suchte, als ob die vor Wirtschaften in einzelnen Städten veranlasseten Werbe(Sch)Wagen nur eine Begünstigung der großen Kaufhäuser und eine schäme Benachteiligung des gewerblichen Mittelstandes bedeuten, und daher von einer wirklich mittelstandsverhaltenden Regierung untersagt werden müßten. Der Handelsminister hat rühmlich eine Antwort erteilt, aus der sich ergibt, daß die Nationalsozialisten ihre Agitationsbedeutung als ein untaugliches Objekt gerichtet haben. Dr. Schneider erklärte nämlich:

Eine wirtschaftliche Schädigung des gewerblichen Mittelstandes und des Handwerkes durch die Werbemaßnahmen ist nicht anzunehmen, da die Anregung hierzu

meist aus diesen Kreisen kommt und durch die Beschäftigung zahlreicher Handwerker sowie den erhöhten Umsatz weitestlos eine Beförderung der Wirtschaft erfolgt. Wo häufiger Beschlüssen zu einer derartigen Werbe abgeteilt worden sind, hat dies gerade in den Kreisen des Mittelstandes nach Verhinderung hervorgerufen. Die Handelskammer in Eberfeld berichtet, daß sie die in der kleinen Anfrage ausgedrückten Befürchtungen, soweit eine Schädigung des Handwerkes in Frage kommen soll, für weit übertrieben hält. Da z. B. die Kosten der Werbemaßnahme in Eberfeld zum größten Teil dem selbständigen Handwerker zugute gekommen seien. Das Eberfelder Handwerk hat gemeinsam mit dem Einzelhandelsverband der Veranlassung zugestimmt.

Gegen den Wahlschwundel Vorschlag des Reichsinnenministeriums.

Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstages unter Ausschuß des Strafrechtsausschusses einen Vorschlag unterbreitet, dem Paragraphen, der sich mit der Täuschung bei Wahlen und Abstimmungen befaßt, folgende Fassung zu geben:

„Wer bei der Durchführung einer Wahl oder Abstimmungshandlung durch Täuschung bewirkt, daß jemand bei der Stimmabgabe über ihren Inhalt im Irrtum war oder eine unzulässige Stimme abgibt oder die Stimmabgabe unterdrückt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Politische Notizen

Eine herzliche Freundschaft.

Die Ortsgruppe der Deutschen Nationalen Volkspartei in Nürnberg und die dortige Marineverwaltung scheinen sich gut zu verstehen. Wie aus Nürnberg berichtet wird, verwendet die Deutsche Nationalen Volkspartei Briefbogen, die vom Berner, daß die Partei über den Fernsprechanruf „Reichsministerium 101“ verfügt. Sämtliche Anfragen, wie es möglich ist, daß die Marineverwaltung Nürnberg der Deutschen Nationalen Partei ein Telegramm der Reichsministerium zur Verfügung stellt, bleiben bisher unbeantwortet.

Mecklenburg-Strelitz will zu Preußen?

Der Mecklenburg-Strelitzische Landtagsabgeordnete Regierungsrat Bartels, Führer der Sozialdemokraten und der Landtagsfraktion in Neustrelitz, hat auf der Generalversammlung der sozialdemokratischen Partei in Friedland den Vorschlag Mecklenburg-Strelitz an Preußen gefordert.

Die Rückzahlung der Aufwertungsanleihe

Nach den Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes sind die aufgewerteten Anleihen des Aufwertungsanleihe an 1. Januar 1932 zurückzuführen. In drei Jahren wird dann also eine Kapitalumwandlung vor sich gehen, deren Ausmaß schon jetzt Vorbereitungen notwendig macht. Es haben daher, wie wir erwarben, im Reichsfinanzministerium Vorarbeiten stattgefunden, die sich außer mit Fragen der Grundbuchverteilung mit den Problemen beschäftigen, die der herannahende Rückzahlungstermin der Aufwertungsanleihe aufwirft. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Werbt für den „Politischen Wegweiser“

Handwerk und Wirtschaftspartei

Ein bemerkenswertes Rundschreiben

Ergeizige Führer der Wirtschaftspartei haben in der ersten Rundschreiben die Gründung des sogenannten „Reichsratells des selbständigen Mittelstandes“ vorgenommen. Diese Organisation umfaßt in jeder Arbeitsgemeinschaft eine ganze Reihe von wirtschaftsparteifreundlich eingestellten kleineren gewerblichen Verbänden und hat in wiederholten Fällen wegen ihrer angeblich parteipolitisch neutralen Ausrichtung die erminische Parteiform für die Agitation des Herrn Dremig und seiner Mitarbeiter hergegeben. Dieses Instrument für die Propaganda der Wirtschaftspartei weiter auszubauen, ist seit Jahren das Bestreben der Partei. Dieser konnte eine weitere Ausbreitung des Reichsratells auf die Provinzgebiete deshalb nicht durchgehend erfolgen, weil die betreffenden berufständlichen Organisationen des Handwerkes wie auch des Einzelhandels sich dem wiederholt hart, einfach aus dem Grunde, weil man in der Gründung solcher neuer disziplinierter Organisationsorgane eine schwere Beeinträchtigung der beruflichen Arbeit und nicht zuletzt auch ein ungehobenes Nebeneinanderarbeiten der einzelnen Stände befürchten mußte.

Die Wirtschaftspartei nutzt nun die durch die lehrstehenden Reparationsverhandlungen entstandene politische Lage aus zu einem neuen umfassenden Vorstoß gegen die legalen Verbände. Durch einen Aufruf fordert sie die Zusammenfassung aller Kräfte des gewerblichen Mittelstandes im ganzen Reich zu einheitlichen Protestkundgebungen über das Thema „Mittelstand in Not“. Zur „kraftvollen“ Durchführung der Aktion sollen sich die örtlichen Vereine und Organisationen zu lösen stellen in Form des Berliner Reichsratells zusammenzuschließen. Es ist nun interessant zu erfahren, daß die Wirtschaftspartei mit diesem Aufruf den energigsten Widerstand des Reichsverbandes des deutschen Handwerkes und seiner wirtschaftspolitischen Mitgliedsorganisationen hervorgerufen hat. Denn diese haben, wie nicht anders zu erwarten war, die wahren Wünsche der wirtschaftsparteifreundlichen Führer erkannt und sind keineswegs ge-

kommen, den bisher innegehaltenen Boden der parteipolitischen Neutralität zu verlassen. Hat man doch längst auch in ersten maßgebenden Kreisen der mittelständischen Verbände erkannt, daß das Wirken der Wirtschaftspartei und ihr vielfach maßloses Agitieren keineswegs geeignet ist, die Belange des gewerblichen Mittelstandes umzubringen zu fördern. Der Reichsverband des deutschen Handwerkes hat deshalb im Hinblick auf den Aufruf des Reichsratells bereits am 14. 1. in einem Rundschreiben an seine Mitgliedsverbände einträglich darauf hingewiesen, daß für die Aufklärungsarbeit im Handwerk und für das Handwerk die Handwerkerverbände als Mitglieder des Reichsverbandes ohne parteipolitische Einseitigkeit zuständig sind. Das Rundschreiben berichtet darüber, daß eine Sitzung der Gruppe der Handwerkerverbände stattgefunden habe, wobei sich diese Gruppe einstimmig hinter den Reichsverband des deutschen Handwerkes gestellt hat. Auch die Gruppe der Hände lehnte ihrerseits eine Beteiligung an der Kundgebung des Reichsratells des selbständigen Mittelstandes ab, da ihr Material zur Verfügung steht, aus dem die einseitige parteipolitische Aufmachung dieser Kundgebung klar hervorgeht.

In dem Rundschreiben wird dann weiter mitgeteilt, daß die Gruppe der Handwerkerverbände in Uebereinstimmung mit der Leitung des Reichsverbandes ihre Mitglieder aufklären und ihnen nahe legen werde, sich von der Kundgebung des Reichsratells fernzuhalten. Dem übrigen werden die Gruppen der Handwerkerverbände in Anlehnung an die parlamentarische Kundgebung des Reichsverbandes vom 30. November v. J. in der Zeit vom 10. bis 28. Februar vollständige Kundgebungen veranstalten, in denen die tatsächliche Lage des Handwerkes und ihre Beeinträchtigung durch die Schließung für die Öffentlichkeit klargestellt werden soll. Der Reichsverband legt im Schluß des Rundschreibens der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß eine Unterbrechung der einseitigen Bestrebungen des Reichsratells des selbständigen Mittelstandes unterbleibe.

Zensur oder Selbsthilfe?

Ausfassungen einer Demokratie.

Von Anna Pappich.

Der Durchschnittsdeutsche sieht im Staate den guten Hausvater, der seine Angehörigen vor allen Gefahren des Leibes und der Seele zu schützen hat. So weit es sich um Jugendliche handelt, hat diese Auffassung ihre Berechtigung, aber so bald der Mensch mündig geworden ist, wird auch im Privatleben die Autorität des Hausvaters nicht mehr als strafende Gewalt in die Erziehung treten. Eine vernünftige Vater wird vielmehr bemüht sein, seine Kinder zu erziehen, daß sie Einigkeit und Charakterfestigkeit genug besitzen, um Recht und Unrecht zu unterscheiden, um sich selbst vor körperlichen und sittlichen Gefahren zu schützen. In den Augen mancher Väter aber bleiben die Staatsbürger dauernd unmündig und müssen von staatswegen zur Einseitigkeit gelehrt werden.

Von dieser Auffassung ausgehend haben die Fraktionen der Deutschen, die Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der Wirtschaftspartei und der Deutschen sozialistischen Partei zwei Anträge an den Reichstag vorgelegt, mit dem Ertrag, bei der Reichsregierung auf eine Gesetzgebung hinzuwirken, die geeignet erscheint, Auswüchse antisittlicher Art in Literatur und Theaterwesen zu beseitigen. Jeder zeitlich empfindende und anständig denkende Mensch wird mit Bedauern beobachten, daß sich tatsächlich in den letzten Jahren die „guten Sitten“ verschlechtert haben — es fragt sich nun, ob die Einführung einer Zensur — denn darauf lauten doch die Anträge doch hinaus — das richtige Mittel sein würde, um diesen Mißständen entgegenzuwirken. Das Vorbild Rußlands, wo jetzt eine viel strengere Zensur ausübt wird als zur Zeit der Zaren herrschte, sollte uns ein warnendes Beispiel sein, wie stark jede geistige Freiheit und — Entwicklung durch eine staatliche Bevormundung geschnitten wird. Wenn das Theater in vielen Fällen jetzt nicht mehr eine „moralische Anstalt“ im Sinne Schillers ist, sondern vielmehr das Gegenteil, so ist das nur ein Beweis für den schlechten Geschmack des Publikums, das nach Sittlichkeit, Genossenschaft und Zweckmäßigkeit verlangt. Die Theaterdirektoren sind in erster Linie Geschäftsmänner, die darauf bedacht sein müssen, ihre Kassen zu füllen und darum dem Publikum das bieten, was die große Masse anlockt — das was immer so und wird immer so bleiben. Darum hat jedes Volk die Kunst, die es verdient. Durch Strafgesetzepaarungen läßt sich aber die eifrige und scharfsinnige Erziehung eines Volkes nicht erzwingen. Nur die Selbsthilfe kann hier Wandel schaffen. Wenn jeder Mensch, der an gewissen Produktionen auf der Bühne Anstoß nimmt, den Besuch dieser Theater meiden würde, wenn man die unbedeutenden, trivialen Geisteskräfte nicht mehr kaufte, dann würde sich die Sache nicht mehr rentieren und von selbst ändern. Man kann aber vielfach beobachten, daß gerade die Kritik, die am meisten nach einem „Verbot“ schreien, zu den eifrigsten Besuchern derartiger Darstellungen gehören, mit dem Verständnis: Man muß ja etwas doch mal gesehen haben, man hat ja viel davon gehört — man will sich doch selbst ein Urteil bilden. ... Mit dieser selbstwilligen Maskierung der eigenen Sensationslust führt man eine Richtung, die man zu befürchten nicht vermag. Wenn ein „Verbot der anfänglichen Menschen“, ohne Preiserei, aber mit gesundem Stumpfempfinden, nur das wirklich Gute und künstlerische sichten und unterstützen würde, dann würde dies einen Einfluß auf die Jugend und schließlich auf die breiten Massen ausüben, den sich die Produktion aus Geschäftsinteresse anmaßen müßte, denn die Nachfrage schafft das Angebot. Die breite Masse folgt immer der Mode dessen, was „zum guten Ton“ gehört. Wenn wir also von demokratischer Seite die Zensur ablehnen, so geschieht dies nicht aus moralischer Freiheit oder Gleichgültigkeit gegenüber den Gefahren einer trivialen Pseudokunst, sondern in dem Gefühl, daß ein von staatswegen Bevormundetes Volk niemals das eigene selbständige Urteil gewinnen wird, das sich des „rechten Weges“ stets bewußt ist. Wir Demokraten und besonders die demokratischen Frauen, sollten nicht gegen „Muderei“ und „Mißgründlichkeit“ zu Felde ziehen, das mit erreichen wir nichts und häßlich höchstens den Widerstand gegen jede freie geistige Entwicklung, sondern wir sollten positive Arbeit leisten, indem wir den Mut aufbringen, gegen eine ungeliebte Bevormundung Front zu machen, nicht durch moralische Entführung, die sich in Worten entläßt, sondern durch die Pflege des öffentlichen Geistes, durch die tatsächliche Unterbreitung der guten Intuition, die in unsem Volk leben und nur durch eine profitulidige Arbeit verhilft werden.

Weibliche Kriminalpolizei in Preußen

In der Zeitschrift des Preussischen Innenministeriums über die preussische Polizei werden über die weibliche Polizei folgende Mitteilungen gemacht:

„Die weibliche Kriminalpolizei ist gegenwärtig innerhalb der Kriminalabteilungen der staatlichen Polizeiverwaltungen im Aufbau begriffen. Es wird dabei die weibliche Kriminalpolizei (Gesetzverstoßpolizei) von der allgemeinen Kriminalpolizei unterschieden.“

Weibliche Kriminalpolizei (Gesetzverstoßpolizei) besteht bis jetzt in Berlin (38 Personen), in Frankfurt am Main (12 Personen), in Essen (7 Personen), in Köln (7 Personen), in Magdeburg (3 Personen), in Hannover (3 Personen), in Breslau (4 Personen), in Altona (3 Personen), in Elberfeld (3 Personen) und Halle (3 Personen). Eine Vermehrung der Zahl der Beamtinnen und der Dienststellen, an denen sie tätig sind, ist geplant; in welchem Umfange sie einsetzen wird, läßt sich jedoch noch nicht übersehen. Die Beamtinnen dürfen nicht zu Wochen verwandt werden, durch die sie das für ihre Tätigkeit notwendige Vertrauen der Bevölkerung einbüßen würden. Als Gesetzverstoßpolizei über die Beamtinnen eine vorbeugende und der fürsorgere zuleitende Tätigkeit aus.

Bei der allgemeinen Kriminalpolizei können Frauen

Schicksal der Wirtschaft

Von Dr. h. c. Philipp Wieland, Mitglied des Reichstags

Im neuen Jahr muß sich jeder Verantwortungsbeußige Geschäftsmann klar machen, daß die Führung unserer Wirtschaft unter ganz anderen Gesichtspunkten gesehen muß als bisher, wenn das Reparationsproblem gelöst werden soll. Wenn man sich ein lazes objektives Bild über die Tragfähigkeit unserer deutschen Wirtschaft machen will, so muß man sich vor Augen halten, unter welchen Voraussetzungen sich bei uns der Erzeugungsprozeß vollzieht. Die Erzeugungsstufen unserer Erzeugnisse setzen sich zusammen aus: Rohstoffen, Hilfsstoffen — Kohle, Holz und so weiter —, Ähren, Kräften, Steuern, Soziallagen, Abschreibungen und Verzinsung der Darlehen. Betrachtet man diese Zusammenstellung und vergegenwärtigt man sich, daß die „wichtigen Positionen durch irgendein Weltministerium fast besetzt werden, so muß man es sich verlangen, daß die Wirtschaft eine völlig zusammenhängende Wirtschaftseinheit zu betreiben, wenn sie flummert sich darum, wie sich der Produktionsprozeß schon durch die Erzeugung einzelner Positionen, gemeint die durch die Erzeugung mehrerer besetzt wird. Dabei soll die deutsche Wirtschaft aber wirtschaftsberühmt auf dem Weltmarkt bleiben und aus dem Wirtschaftsbereich die Dummheit desgenen, es heißt nur dieses Schicksal, um zu zeigen, daß die Zusammenhängen der Wirtschaft in den wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsregierung für die deutsche Wirtschaft unerträglich, ja gefährlich geworden ist.

Hält man sich den staatslichen Einfluß auf den Produktionsprozeß im kleinen vor Augen, so ist ja die Öffentlichkeit in jeder Zeit durch den Vorkriegsstand im Unrecht über die deutsche Wirtschaftslage kläglich betrogen. Dieser Vorgang hat die deutsche Wirtschaftslage kläglich betrogen und gezeigt, daß das staatsliche Wirtschaftsregime in Deutschland, das heißt die Wirtschaftsordnung, eben auch ihre Grenzen an den wirtschaftlichen Möglichkeiten hat. Abweichungen bei rückfälliger Konjunktur sind ein wirtschaftliches Unglück und in der Vorkriegszeit nicht vorzukommen. Selbst wenn man, wie ich, ein Anhänger des Wirtschaftsregimes ist, darf man diesen Mangel und schmerzliche Mängel, die sich mit der Zeit herausgestellt haben, nicht verheimlichen. Es hat sich eine Verantwortungslosigkeit auf beiden Seiten eingestellt, welche vom Leibel ist. Es ist nicht uninteressant, in diesem Zusammenhang auf einen Satz hinzuweisen, den der Führer der französischen Arbeiterbewegung ausgesprochen hat, als er kürzlich in Berlin über wirtschaftliche Probleme redete: „Der Staat darf sich nicht um die Wirtschaft kümmern. Das gilt auch für die Zusammenarbeit auf sozialem Gebiet. Das obligatorische Schicksalverhältnis ist eine faule Lösung, sie entbinde Arbeit, aber und Arbeiter nur der Verpflichtung, müde und lange Lehren selbst zu finden.“

Daß die Steuerlasten für die Wirtschaft nachgerade eine unerträgliche Höhe erreicht haben, ist eine Tatsache, die nicht mehr bestritten wird. Dazu kommen noch die Lasten aus den hohen Eisenabgaben und der Verbesserungsteuer. Nur eine Verringerung der Reparationslast und die Staatsvereinfachung können eine Erleichterung der Steuerlasten bringen.

Endlich sind die Soziallagen ein drückendes Kapital, zumal sie dauernd im Steigen begriffen sind. Es ist bei uns

nachgerade so weit gekommen, daß jeder Arbeiter vor Erhöhung der Soziallagen als unlosbar betrachtet, ja gebrandmarkt wird. Sowie haben wir es mit der wirtschaftlichen Gesamtsituation getrieben. Man sollte es nicht für möglich halten, daß eine Unmense von Leuten sich gar keine Meinung über diese Dinge bilden, daß die gesamte Sozialpolitik mit der Gesundheit der deutschen Wirtschaft sehr und fällt.

Daß man unsere wirtschaftliche Konjunktur ins Auge, so ist es, glaube ich, höchste Zeit, die im Reich verantwortlichen Stellen darauf hinzuweisen, unter wieviel günstigeren Verhältnissen andere europäische Länder und vor allem die USA produzieren, so daß weitere Belastungen für die deutsche Erzeugung geradezu gefährlich wirken müssen.

Will man sich in Anbetracht der nahe bevorstehenden Reparationsverhandlungen Rechenschaft über die Leistungsfähigkeit und damit die Wirtschaftsfähigkeit unserer deutschen Wirtschaft geben, so muß man sich darüber klar sein, daß die ganze Last auf Handel, Industrie und Gewerbe ruht, da beinahe ausschließlich die Landwirtschaft, weil sie sich in einer lebensgefährlichen Krise befindet und großer Staatsunterstützung bedarf. Es ist deswegen vornehmlich Aufgabe aller verantwortlichen Stellen im Staat, dafür zu sorgen, und darüber zu wachen, daß Handel, Industrie und Gewerbe in ihrer Leistungsfähigkeit nicht nur nicht bedroht, sondern daß ihre Lage erleichtert wird.

Die Krise in der

Hamburger Wirtschaftspartei

Sehrschwer die hamburgische deutsche nationale Parteiorganisation, befindet sich die hamburgische Organisation der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes in einer schweren Krise, die zur völligen Auflösung zu führen droht. Nachdem kürzlich die Zeitung der Organisation fünf Ortsgruppenführer gemeldet und abgesetzt hat, folgen jetzt Aufhebungen der Abteilungen an die einzelnen Ortsgruppen, sich anzufügen, und Aufhebungen an die Mitglieder, sich einer der bestehenden großen politischen Parteien anzuschließen. Es wird dem Hamburger und Bremer Parteivorstand der Wirtschaftspartei vorgeworfen, daß „weitere Staatsgewinnung, veraltete Hausbesitzerinteressen, Vrangeneignis und unpersonliche Eitelkeit verurteilt hätten, den politisch unorientierten Mittelstand unter die Füße zu bringen“.

Jeder Demokrat

schließt sich der Deutschen Demokratischen Partei an

Anmeldung:

Halle, Große Brauhausstraße 30.

Für eine Verfügung, die allen Behörden Anweisung in diesem Sinne gibt, würde der Bund Deutscher Frauenvereine dankbar sein.

Volksparteiliche Räubergerichte

Die Nationalliberalen Correspondenzen veröffentlichte eine Zuschrift aus Dresden, in der deutlich auf die Demokraten geschimpft wird, weil sie sich nicht damit einverstanden erklären wollten, daß der volksparteiliche Professor Dr. Hlmann zum sachlichen Volksbildungsminister bestellt werden sollte. In der Zuschrift wird — man höre und staune — behauptet, daß die kirchliche Einstellung des volksparteilichen Abgeordneten Dr. Hlmann der Grund sei, weswegen ihn die Demokraten abgelehnt hätten. Jeder vernünftige Mensch weiß, daß das nicht der Fall ist, sondern daß ein Zusammenarbeiten mit Dr. Hlmann deshalb nicht in Frage kam, weil seine kulturpolitisch reaktionären Ansichten in Sachen durchaus bekannt sind. Hlmann als Volksvertreter hat es fertig gebracht, den heucheligen Schwachsinn zu propagieren über den grünen Klee zu loben. Wenn man sich innerhalb der Deutschen Volkspartei aber darüber aufregt, daß die Demokraten auch für sich in Anspruch nehmen, einen Minister abzulehnen, mit dem man nicht zusammenarbeiten kann, sei nur daran erinnert, daß es schließlich die Volkspartei Dr. Hlmann als sachlichen Innenminister ablehnte, sich bei der Volkspartei keine einzige Stimme erhob, um gegen ein solches Vorgehen zu protestieren.

Frau oder Fräulein?

Eingabe an den Reichsinnenminister.

Der Bund Deutscher Frauenvereine hat dem Reichsminister des Innern die folgende Eingabe überreicht:

Der Bund Deutscher Frauenvereine, dem 80 große Frauenorganisationen angeschlossen sind, gestattet sich, die Bitte auszusprechen, der Herr Reichsminister des Innern möge erlassen, daß im amtlichen Verzeih mit Beamtinnen und anderen Frauen die Einheitsanrede „Frau“ eingeführt wird, und insbesondere, daß die Unterscheidung „Frau“ und „Fräulein“ in amtlichen Formularen künftig nicht mehr erfolgt.

Redlich ist die Bezeichnung „Frau“ nicht abhängig von der Eheverbindung. Eine Verfügung des preussischen Ministers des Innern stellt ausdrücklich fest, daß einer ledigen Frau verwendet werden kann, sich „Frau“ zu nennen. Was Erlasse des Braunschweigischen Ministers des Innern, des sächsischen Ministers des Innern und des bairischen Ministers des Innern lassen die Führung der Bezeichnung „Frau“ für Unverheiratete ausdrücklich zu. Es wird in mehreren dieser Erlasse ausgesprochen, daß die „Veränderungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse durch die Staatsumwälzung auch hinsichtlich der Bezeichnung „Frau“ die bisherigen Sitten und Gewohnheiten geändert haben.“ Die großen Frauenorganisationen vertreten allgemein den Standpunkt der Einheitsanrede, da sie der Meinung sind, daß die Öffentlichkeit an der Kenntnis des Personenstandes bei der Frau ebenso wenig Interesse haben kann als beim Mann. Durch Föhrung hat schon die Nationalvereinerung und haben die Parlamente der deutschen Länder für ihre weiblichen Mitglieder die Einheitsanrede „Frau“ als die einzig mögliche anerkannt; ebenso hat sich diese Benennung für weibliche Mitglieder der Behörden durchgesetzt. Es muß daher als folgerichtig erscheinen, daß auch die Behörden auf die bei ihnen im Bereiche mit nichtbeamteten Frauen noch föhliche Anrede in der Bezeichnungsförm die der Stellung der selbständigen, berufstätigen und politisch mitverantwortlichen Staatsbürgerinnen nicht mehr entspricht, verbleiben und mit dem ganzen Nachdruck ihrer Autorität die bereits eingeföhrte Sitte bestätigen.

Do große illustrierte Halbmonatsschrift

MUSIK und THEATER

die — überaus reichhaltig und vielseitig illustriert — jedem gelegig interessierten und an kulturellen Leben Deutscherlands teilnehmenden Menschen unentbehrlich ist

PROBEHEFT für Sie UNKOSTENLOS

erschienen von der MUSIK- und THEATER BERLIN 1924

Evangelische Landeskirche und 27. Januar

Von Dr. Bohner, Oberstudiendirektor, M. d. L.

Das der 27. Januar 1929 auf einen Sonntag fällt, ist für die evangelischen Landeskirchen in Preußen eine besondere Gelegenheit, mehr noch eine ernste Sorge geworden. Man hat sich besonders in den immer noch eine Synodalversammlung darstellenden Kirchentagen der vergangenen Jahre gegenüber noch nicht selbständig genug gemacht, als daß man es sich zutraut, an dem 7. Geburtstag des ehemaligen Summus Episcopus und Landesherren mit Stillfrohsein vorübergehen zu können. Man fühlt sich aber an diesem Tage unter besonderer Verantwortung gegenüber der bittigen Welt, von der man mehr noch das Gelächter als den Jörn fürchten muß, und man fühlt auch die Verantwortung gegenüber den eigenen Mitglidern, die die von Bismarck schon geahnte Republik auch innerlich als ihren Staat und geistlich notwendig lieben gelernt haben. Man möchte nicht unerschrocken und selig scheinen, und man fühlt, man könnte dabei sich als innerlich unbewunden mit der Gegenwart des Gesamtvolkes beneiden, das doch auch das kirchlich ermöglicht. Ist man auf dem richtigen Wege, um die Verlegenheit zu überwinden?

Es soll anerkannt werden, daß die kirchliche Verantwortung wenigstens die Gefahr für die Kirche erkannt und ein Verbot an ihre Geistlichen erlassen hat, sich an offiziellen Feiern, wie sie einzelne „vaterländische“ Vereinigungen planen, als Medien zu betätigen. Sie hat auch in ihren Briefen der obersten geistlichen Führer alle Prediger eindringlich darauf hingewiesen, daß an diesem Tage die Kirche zuletzt die Rechnung wird zahlen müssen, die durch die Unklugheit des Predigenden ausfließt. Man legt aber in diesen Briefen voraus, daß eine große Zahl der Geistlichen die Absicht hat, an dem Tage eine „Kaiserpredigt“ zu halten, wenn man auch, wenn die Predigt nur auf diesen Inhalt anzulegen, und eine vorherige Festlegung der betreffenden Stellen in der Kirche und späteren weislichen Vortrag antritt. Man hält diese kurz gefaßte Kaiserpredigt für selbstverständlich, weil eben sowohl der einzelne Pfarrer, der einst vom Hohenzollernpatronat berufen wurde, wie die einzelne Kirche, die ihre Gründung und ihr Haus, so viele Kirchen in Berlin, der persönlichen Teilnahme des Herrscherhauses verbanden. Und auch wo die Predigt unterbleibt, regnet man doch wohl fast überall wenigstens mit der namentlichen Nennung des ehemaligen Summus Episcopus in der stillen Fürbitte zu Ende des Gottesdienstes. Zwar ist das Mundschreiben eines Berliner Superintendenten zurückgezogen, der es von seinen Geistlichen für ganz selbstverständlich hielt, daß sie in ihrer Predigt an dem Tage die Person des Kaisers berücksichtigen, und der denen, die das nicht wollten, in lapidaren Sätzen vorhielt, daß sie dann seiner in der stillen Fürbitte zu gedenken hätten. Es ist zurückgezogen; aber die kirchliche Leitung hat die Predigten doch nicht verboten und hat darüber hinaus in der Zukunft vor ihren eigenen Predigern die stille Fürbitte den Geistlichen doch zu sehr empfohlen. Oder ist es nicht fast eine amtliche Aufforderung, wenn der Generalintendant der Kurmark Dibelius, der doch genau weiß, was die neue Zeit auch für seine Kirche bedeutet, selbst in einem Rundschreiben eine solche Fürbitte formuliert? Und in all den vielen Rundschreiben fehlt der Rat oder die ausdrückliche Anweisung, daß der Geistliche, der an diesem Tage aus seiner persönlichen Einstellung heraus oder in Rücksicht auf die von ihm nur vermutete und ernsthaft sicher nicht in der von ihm angenommenen Zahl vorhandene Wünsche seiner Kirchenglieder die Vergangenheit grüßen will, dies unbedingt so zu tun, daß er dabei keinen Zweifel läßt, daß es Vergangenheit, zute Vergangenheit ist.

Was ist jetzt erreicht? In der Öffentlichkeit ist natürlich bekannt, daß die Kirche fast überall, wenn auch in unangenehmer Form des ehemaligen Kaisers gedenkt. Hat die Kirche die Sicherheit, daß nicht Leute, die im Trüben sitzen wollen, eine laute Demonstration daraus machen: feierlicher Stöckchen des Stahls, des Wertvolles und anschließend große Paraden? Zweitens die Beamten. Sie dürfen sich an Kundgebungen für den alten Staat nicht betätigen. Während einer Predigt, die sie in Widerspruch mit ihrer Stellung bringt, können sie aufstehen und die Kirche verlassen. Das werden sie während des Gebetes nicht wollen und nicht können. Ihre eigene Kirche bringt sie so auf den Gedanken, sie am Sonntag zu meiden. Die große Volksmasse aber wird nicht unterliegen, daß die Kirche nur ihres früheren Schutzherrn und obersten Bischofs gedenkt: sie hat das lassen und königsmäßig mit dem obersten Bischofsmantel verbunden, sie empfindet die Erinnerung an den obersten Bischof als eine Schulung vor dem Kaiser.

Die Kirche will dem Frieden dienen. Immer wieder muß man sie an das Bibelwort erinnern von dem Wanne, der die Hand an den Pflug legt und zurückbleibt. Wir stehen in Deutschland in der inneren Ausöhnung und Veröhnung ein großes Stück weiter, wenn die Kirche sich freier und mutiger in den Dienst dieser großen Aufgabe gestellt hätte auf die Gefahr hin, daß sie dabei auch einmal treuen Anhängern oder nur mäßigen weise tun mußte.

Die Ärmsten der Armen

Eine Ehrenpflicht des Reichstags.

Aus Kreisen der demokratischen Reichstagsfraktion wird uns geschrieben:

Die Ungleichheit und Komplexität unserer Nachkriegszeit hat es mit sich gebracht, daß die gesetzgeberische Behandlung mancher Probleme zur Geheimwissenschaft wird, in der sich kaum noch die Spezialisten auskennen. So sind a. B. die reichsrechtlichen Vorschriften über die Vermögensverwaltung ein Labyrinth, in dem sich selbst die Verfasser der betreffenden Kommentare nur mühsam zurecht finden. Neuerdings beginnt die Kleinrentnerversorgung in

die Kategorie dieser Probleme einzurücken, nachdem man sieben Jahre hindurch sich vergeblich mit einer befriedigenden Lösung bemüht hat.

Wer jemals eine größere Kleinrentnerversammlung mitgemacht hat, wird erschüttert gewesen sein, nicht nur vor der Not und Sorge, die den unglücklich betroffenen Menschen aus den Augen spricht, sondern auch von der Unklarheit der Vorstellungen und Wünsche. Die ganze Literatur über das Kleinrentnerproblem trägt ein ähnliches Gepräge. Abgesehen von einigen guten Artikeln in der Tages- und Fachpresse und den immer gründlicher und sachlicher Veröffentlichungen des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge gibt es eigentlich nur zwei Arbeiten, die sachlich und gründlich dem Problem zu Leibe gegangen sind, das ist die des Antirentners Alexander Schneider aus Nürnberg, „Der sterbende Stand der Rentner“, und später die Schrift des Senators a. D. Schindler in Samober, „Die Reichsversorgung der Kleinrentner“. Wer sich eingehend über den Lebensweg unterrichten will, den beizugehen gehen müßten, die sich um eine gesetzgeberische Lösung der Kleinrentnerversorgung bemühen, der greife zur letztgenannten Schrift.

Gegenwärtig hat der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten die ganze Frage wieder aufgegriffen. Die Reichsregierung hatte bei ihrem Eintritt die Erklärung abgegeben, daß sie „die Kleinrentnerfrage auf eine von dem Ermessen der öffentlichen Fürsorgestellen unabhängig gesetzliche Grundlage stellen“ wollte. Ein Gesetz hierüber ist von der Regierung nicht gekommen, wohl aber eine offizielle Erklärung der Reichsregierung, die keineswegs den Verzicht einer abschließenden Regelung der Kleinrentnerversorgung enthält, sondern im Gegenteil sehr wenig Hoffnungen erweckt. Ihr Wortlaut ist folgender: „Die Reichsregierung wird sich dafür einsetzen, daß die Vorschriften und Reichsgrundzüge für Kleinrentnerfürsorge überall so durchgeführt werden, wie es das soziale Bedürfnis der von der Selbstverwaltung betroffenen Personen verlangt. Für die Beteiligung des Reiches an der Kleinrentnerfürsorge wird die Reichsregierung den Betrag von 35 Millionen RM in den Entwurf des Haushaltsplanes 1929 einstellen. Diese Beschlüsse hat in der Zukunft der Zweck der Fürsorgeverbände die Anwendung der Grundzüge zu erleichtern. Die Reichsregierung wird ferner erwägen, ob der Einbau neuer Sicherungen in die Vorschriften und Reichsgrundzüge zu Gunsten der Klein- und Sozialrentner erforderlich und möglich ist. Die Entscheidung über eine reichsgesetzliche Regelung, die einen allgemeinen Rechtsanspruch begründet, ist der Reichsregierung solange nicht möglich, als die Haushaltsverhandlungen und die Beratungen über die Deckungsvorlagen der Reichsregierung nicht abgeschlossen sind und die gegenwärtige finanzielle Lage anhalt. Und die früheren Regierungen haben bei besserer und klarerer Finanzlage nicht geglaubt, ein dahingehendes Gesetz vorlegen zu können. Die Reichsregierung wird allerdings einen Rechtsanspruch, der sich lediglich auf früheren Kapitalbesitz gründet, schon aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit nicht anerkennen können.“

Unachtet dieser Haltung der Regierung ist nun der Ausschuß in die Beratung eines Initiativgesetzes eingetreten, der die vor allem von der Demokratischen Partei seit Jahren mit Nachdruck verfolgte Tendenz hat, die Verantwortung aus der Fiktion mit ihrem Eingreifen in die persönlichen Verhältnisse ihrer kranken Mitarbeiteransprüche und vielen anderen Maßnahmen herauszunehmen und ihnen eine mäßige Rente und eine Versorgung in Krankheitsfällen als gesetzlichen Rechtsanspruch zu verschaffen. Man kann nur von Herzen wünschen, daß die so oft schon vergeblich geführten Verhandlungen diesmal zu einem betriebsdienlichen Ergebnis führen werden.

Sowohl in dem Leben des Einzelmannes wie auch im Leben eines Volkes gibt es Ehrenschulden, deren Abtragung nach Maßgabe der vorhandenen Möglichkeiten sich selbst bei bescheidensten eigenen finanziellen Verhältnissen niemand entziehen darf. Eine solche Ehrenschuld hat das Deutsche Reich gegenüber den Kriegsverwundeten und Kriegshinterbliebenen, die ihre Gesundheit oder ihren Erklärer dem Vaterland geopfert haben und dadurch in bedrängte Lage gekommen sind, aber eine Ehrenschuld ist es ebenso für das Deutsche Reich, diejenigen nicht in Not zu lassen, die ihr Geld dem Staate zur Verfügung stellen und dafür nach der Inflation wertloses Papier in den Händen behalten.

Bezirk Halle

Organisation der Jugend in unserem Wahlkreis

Die vergangenen Wahlen lassen mit Bestimmtheit vermuten, daß die maßgebendste Jugend vielfach den weiter links stehenden Parteien, bzw. der Wirtschaftspartei, sowie die Jugend aus dem Mittelstande kommt. Ihre Stimme gegeben oder der Wahl überhaupt interessiertes gegenüber gefunden und das Lager der Reichswähler gestärkt hat.

Die Kritik an Vergangenheit ist möglich. Aber es muß aus der Tatsache die Lehre gezogen werden, daß die demokratisch gefommene Jugend organisatorisch erfasst werden muß.

Die Jugend kann in der Hauptsache nur durch die Jugend für unsere Bestrebungen gewonnen werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei ist daher die organisatorische Erfassung der demokratischen Jugend.

Nicht nur die wahlberechtigten, sondern auch die jüngeren Jahrgänge müssen erfasst werden. Die Parteizentren allein können diese Arbeit nicht durchführen. Vielmehr ist es ein dankbares Arbeitsgebiet für jede Parteigruppe. Es muß jeder Parteigruppe gelingen, eine Jungdemokratengruppe ins Leben zu rufen.

Aufgabe der Jugend soll es dann sein, unsere Gedanken in die Jugend hineintragen und das Interesse für die Demokratie zu wecken.

Wenn auch manche Vorurteile der Jungdemokraten den oder jenen Parteifreunden zu radikal erscheinen mögen, so kann sich doch kein Demokrat der Tatsache verschließen, daß die lebhaft, drängende Jugend als Antrieb besonders für die Demokratie naturgemäß ist.

Stillstand ist Rücksicht.

Wir wünschen und hoffen, daß sich innerhalb unseres Wahlkreises eine ernigige Tätigkeit im Sinne dieser Zeilen entwickelt und sich auch eine öffentliche und ergiebige Beantwortung dieser Frage ergibt.

Jungdemokraten-Geselen H. G. Lein.

Die Wahlkreisgeschäftsstelle empfiehlt obigen Aufruf allen Kreisvereinen und Ortsgruppen zur besonderen Beobachtung und beifolgender Durchführung.

Halle. Der Gesamtvorstand beschäftigte sich kürzlich mit einer wichtigen Kommunalvorlage. Es handelte es sich um die Gründung einer „Städtischen Eigentums-Gesellschaft“ zum Ausbau von Hofanlagen. Bevor diese Vorlage die Stadtverordnetenversammlung abschließen beschäftigte, sagte der Gesamtvorstand dazu nachstehende, auch der Presse mitgeteilte Entschließung:

Der Gesamtvorstand der Deutschen Demokratischen Partei beschäftigte sich gestern mit der Magistratsvorlage auf Ausbau der Hofanlagen der Stadt Halle. Nach vorausgegangenem Referat und nach eingehender Aussprache, in der das Für und Wider zum Ausdruck kam, vertrat die überwiegende Mehrheit des Vorstandes die Auffassung, daß ein rechtzeitiger Ausbau der Hofanlagen notwendig und die gesetzlichste Form einer A. G. dabei verwendbar sei. Bei dieser Stellungnahme wurde die Mehrheit besonders von der Erwartung geleitet, daß durch einen rechtzeitigen Ausbau der Hofanlagen eine Belebung von Industrie, Handel und Gewerbe für die Stadt erzielt werden kann.

In der nach dieser Entschließung abgehaltenen Stadverordnetenversammlung wurde die Vorlage angenommen.

Halle. Eine Jubilarin der deutschen Frauenbewegung, Frau Justitia Margarete Bennewitz, in Halle konnte am 19. Januar auf eine 25jährige Tätigkeit als Gründende des Reichstagsberatungsstellen der deutschen Frauenvereine zurückblicken. Die Jubiläum wurde durch eine Abordnung der Halleischen Frauengruppe der D.D.B. und durch ein Schreiben des Vorstandes des Vereins der D.D.B., dessen Ehrenvorsitzende sie ist, unter Heberzeugung eines kleinen Präzents beglückwünscht. Auch an dieser Stelle sei Frau Margarete Bennewitz Dank für ihr verdienstvolles Wirken ausgesprochen.

Halle. Friedrich Raumann-Bund. Am Dienstag, dem 24. Januar, abends 8 Uhr, spricht im „Nicolaus“, Große Nicolaistraße, Dipl.-Volkswirt G. Wege über „Ermittlung, ein Führer zur Volksgemeinschaft“. Gäste herzlich willkommen.

Halle. Von der Wahlkreisgeschäftsstelle erhalten alle Kreisvereine und Ortsgruppen unter besonderer Sendung ein Rundschreiben über die auf der Eisenacher Organisations-Konferenz gefassten Beschlüsse, soweit über diese wichtige Einzeligkeit vorhanden war. Auch alle weiteren Beschlüsse, die im Organisationsauschuß der Partei noch durchgebracht werden müssen, werden den Kreisvereinen und Ortsgruppen zugehen. Der Wahlkreisgeschäftsstelle nimmt an den Beratungen in Berlin teil, da er in den Organisations-Ausschuß kooperiert wurde.

Heilisch. Mittwoch, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im „Hotel zur Linde“, öffentlicher Vortragsabend. Redner: Dr. Viebig über „Die Reparationsfrage, Deutschlands Schicksalsfrage“.

Hersberg-G. Im Kreis Schmeinitz finden Sonntag, den 3. Februar, in den Erbkassian Grafau und Holzberg öffentliche, von der Deutschen Demokratischen Partei einberufene Versammlungen statt. Redner: Dr. Viebig über „Grundfragen unserer Wirtschaft und Steuerpolitik“.

Veroblin-en-Zee. Sonnabend, den 19. Januar, fand, von dem Ortsverein der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltet, eine Versammlung statt, welche als Werbeversammlung aufgebaut war. Zu diesem Zweck war Herr Dr. Viebig erschienen, der einen interessanten Vortrag über das Thema „Das Geheimnis des Landesplanes“ hielt. In der freien Aussprache betonte ein Gast, er sei besonders erfreut, daß der Vortrag so sachlich und ohne daß gegen andere Parteien gehalten worden sei. Nach Schluß der Versammlung blieben Mitglieder und Gäste noch lange beisammen, um in einem ungestörten Meinungsaustausch sich zu unterhalten.

Witzsch. Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltete nachträglich eine wohlgeleitete Weihnachtsfeier. Die Veranstaltung war von Selang- und Musikvorträgen sowie Rezitationen umrahmt. Die Festsprache hielt der Vorsitzende, Lehrer Schneider. Daran schlossen sich Reigen und Märchenspiele der Kinder und eine Gabenverteilung, sowie ein gemütliches Tanzchen für die Erwachsenen.

Verantwortlich Johannes Dornbläth, Halle.
Druck: Buchdruckerei Beniger & Co., G. m. b. H., Dessau,
Poststraße 8.

